

Religiöse Minderheiten in Bangladesch

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

im August 1640 durchquerte der katholische Missionar Sebastiao Manrique auf einem Schiff den Golf von Bengalen. Das Schiff wurde in einem Monsun-Sturm zerstört, doch konnte sich Manrique an Land retten. Er reiste, als muslimischer Kaufmann verkleidet, mit einigen Begleitern weiter. In einem Dorf, in dem Hindus lebten, tötete einer seiner Begleiter einige Pfauen, also Tiere, die für die Hindus heilig sind. Die Dorfbewohner waren darüber sehr aufgebracht und griffen die Reisenden an. Diese konnten flüchten, doch wurden sie in der nächsten größeren Stadt festgenommen. Es kam zu einer Gerichtsverhandlung.

Zur damaligen Zeit regierten in Bengalen islamische Herrscher. Auch die Gerichte wurden von muslimischen Beamten geleitet. Der zuständige Richter sagte zu Manrique, dass alle, die in ein Hindu-Gebiet reisten, die religiösen Gebräuche der Hindus unbedingt respektieren müssten. Als Kaiser Akbar 65 Jahre zuvor Bengalen eroberte, habe er sein Wort gegeben, dass die Bengalen entsprechend ihren eigenen Gesetzen und Gebräuchen leben könnten. Daran würde auch er, der Richter, sich halten. Derjenige, der die Pfauen getötet habe, müsse deshalb hart bestraft werden.

Dieses Ereignis kann als ein gutes Beispiel für die Religionspolitik der muslimischen Herrscher im vorkolonialen Bengalen angesehen werden. Die Herrscher waren bemüht, sich so wenig wie möglich in die religiösen Gebräuche ihrer Untertanen einzumischen. Seither hat sich viel verändert. In Bangladesch ist seit 1988 der Islam Staatsreligion und viele Angehörige anderer Religionsgemeinschaften fühlen sich als Bürger zweiter Klasse. Immer wieder kommt es zu pogrom-artigen Ausschreitungen gegen Nicht-Muslime. Hindus, Buddhisten, Christen und andere Minderheiten werden auf vielfältige Weise diskriminiert. Seit 1947 sind Millionen Hindus nach Indien geflüchtet. Die Beiträge dieses Heftes zeigen, in welcher Situation sich die religiösen Minderheiten Bangladeschs heute befinden.

In den letzten Jahrzehnten hatten religiös motivierte Gewalttaten gegen Muslime in Indien häufig Gewalttaten gegen Hindus in Bangladesch zur Folge. Bei den Wahlen im Mai dieses Jahres haben die Parteien, die für religiöse Toleranz eintreten, in Indien einen großen Wahlsieg errungen. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Ereignis diesmal eine Stärkung der säkularen Kräfte in Bangladesch bewirkt.

Christian Weiß

Von der Massenflucht zur stillen Auswanderung

Die kontinuierliche Abwanderung der Hindus aus Bangladesch

Von Patrizia Heidegger

Die Geschichte der Teilung des indischen Subkontinents ging für Ostbengalen, das heutige Staatsgebiet Bangladeschs, einher mit dem Exodus eines Großteils der hinduistischen Bevölkerung. Die Gründung des muslimischen Staats Pakistan 1947 und später die Unabhängigkeit Bangladeschs 1971 führten dazu, dass Hindus millionenfach Ostbengalen verließen. Auch heute noch sinkt der hinduistische Bevölkerungsteil durch eine stille Abwanderung vieler Familien nach Indien. Der Anteil der Hindus betrug ehemals mehr als ein Drittel und ist im heutigen Bangladesch auf etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung geschrumpft – Tendenz weiter fallend.

Die britische Herrschaft über Indien endete 1947 und das Ende der Kolonialzeit brachte zugleich die Teilung des Kolonialreiches. Die Muslim-Liga hatte schon vor der Unabhängigkeit aus Angst vor Unterdrückung durch die Hindus einen Staat für die Muslime gefordert. Die Bemühungen der Führer der Muslim-Liga und der von Hindus dominierten Kongress-Partei, den Streit beizulegen, scheiterten und der britische Vizekönig Lord Louis Mountbatten besiegelte die Teilung des Landes. Der neue Staat Pakistan bestand aus zwei Teilen – aus dem westlichen Teil und dem rund 2000 Kilometer entfernten Ostpakistan, zuvor der östliche Teil Bengalens, heute Bangladesch.

Millionen von Menschen verließen ihre Heimat: Muslime flüchteten aus Indien, und Hindus verließen West- und Ostpakistan. Die lang ersehnte und großteils friedlich erkämpfte Unabhängigkeit ging nun einher mit Blutvergießen und Hass zwischen den Religionen. Gandhi beweinte einsam das Scheitern der *Ahimsa*-Bewegung, der gewaltlosen Massendemonstrationen und der Brüderlichkeit zwischen den Religionen. Für Ostpakistan, das heutige Bangladesch, bedeutete der Exodus der Hindus nach 1947 den Verlust einer Vielzahl hoher Beamter und anderer wichtiger Staatsdiener sowie vieler Intellektueller. Die Lücken an der Spitze des Landes wurden durch westpakistanische Führungskräfte aufgefüllt.

Doch obwohl der neue Staat Pakistan auf dem Wunsch der indischen Muslime nach einem eigenen Staat beruhte, hatten seine beiden Hälften außer dem Islam nicht viel gemeinsam. Die Regionen unterschieden sich nicht nur geographisch, sondern auch kulturell, ökonomisch und politisch. Das Land wurde von Westpakistan aus regiert und die Bevorzugung des westlichen Landesteils nährte von Anfang an den bengalischen Nationalismus. Als die pakistanische Regierung Urdu zur alleinigen Staatssprache machen wollte, entstand in Ostpakistan eine Bewegung zur Beibehaltung der bengalischen Sprache. Die in den kommenden Jahren mit Diskussionen, Streiks und Demonstrationen geführten Auseinandersetzungen darüber gipfelten 1952 darin, dass pakistanische Soldaten auf demonstrierende bengalische Studenten in Dhaka schossen.

In den nationalen Parlamentswahlen von 1970 erlangte die bengalische Partei *Awami League* überraschender Weise mit 167 von 313 Sitzen eine klare Regierungsmehrheit für ganz Pakistan. Doch der pakistanische Präsident Ayub Khan weigerte sich, der siegreichen Partei die Regierungsgeschäfte zu überlassen und erklärte den Ausnahmezustand. In Ostpakistan brachen Unruhen und Streiks aus. Am 7. März 1971 rief Sheikh Mujibur Rahman die Unabhängigkeit Bangladeschs aus. Pakistanische Soldaten gingen massiv gegen die

bengalischen Freiheitskämpfer vor. Sie zerstörten Dörfer und töteten Millionen von Menschen.

Der Krieg um die Unabhängigkeit Bangladeschs löste einen gewaltigen Massenexodus aus. Der pakistanische General Tikka Khan, der den Aufstand in Ostbengalen niederschlagen sollte, veranlasste seine Truppen zu systematischen Tötungen der bengalischen Freiheitskämpfer. Besonders die hinduistischen Intellektuellen wurden für die Unabhängigkeitsbestrebungen verantwortlich gemacht und gezielt gejagt. Nach Angriffen auf die Universität in Dhaka bombardierten pakistanische Truppen die Hindu-Viertel. Verdächtige Hindus brachten sie aus der Stadt und erschossen sie kaltblütig. Auch auf den Dörfern wurden die Angehörigen der Hindu-Minderheit Opfer willkürlicher Grausamkeiten. Männer, die nicht beschnitten waren, wurden getötet. In dieser Zeit verübte die pakistanische Armee in Ostpakistan eine der größten Massenvergewaltigungen der Geschichte.

Der Kriegseintritt Indiens auf der Seite der aufständischen Bengalen im Dezember desselben Jahres beendete den Konflikt. Pakistan unterzeichnete die Kapitulation am 16. Dezember 1971. Doch so rasch die Wende im Unabhängigkeitskrieg Bangladeschs kam, umso grausamer waren seine Folgen.

Bis Ende des Jahres 1971 waren rund 10 Millionen Menschen aus Ostpakistan in das benachbarte Indien geflüchtet. In den an Ostpakistan angrenzenden indischen Bundesstaaten fanden die Menschen in mehr als 800 Flüchtlingslagern Zuflucht. Doch die Situation der Flüchtlinge in den Lagern war verheerend. Viele hatten schwerwiegende Verletzungen. Die Cholera verbreitete sich in den Flüchtlingslagern und die Medikamente reichten nicht aus, um allen das Leben zu retten. Viele Frauen waren durch Vergewaltigungen der pakistanischen Soldaten traumatisiert. Zwar standen internationale Helfer bereit, aber mit einem so gewaltigen Flüchtlingsstrom hatte niemand gerechnet.

Indien war mit der enormen Flüchtlingszahl überfordert. In manchen Grenzgebieten zum umkämpften Ostpakistan stellten die Flüchtlinge im Vergleich zur eigentlichen Bevölkerung die Mehrheit dar. Indien verweigerte die dauerhafte Aufnahme der Flüchtlinge. Die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR) organisierte ein groß angelegtes Rückführungsprogramm für die Flüchtlinge. Im Laufe des Jahres 1972 konnte ein Großteil der Flüchtlinge in das neu gegründete Bangladesch zurückkehren. Doch auch im neuen Staat waren die zurückgekehrten Hindus nicht sicher.

Zwar war das Staatswesen zunächst säkular konzipiert, doch seit 1988 ist der Islam auch in Bangladesch Staatsreligion. Täglich sind die Angehörigen der Hindu-Minderheit der Gewalt islamistischer Fundamentalisten und bangladeschischer Nationalisten ausgesetzt. Seit den letzten Parlamentswahlen ist die islamistische Partei *Jamaat-i-Islami* an der Regierung beteiligt. Und das Klima der Toleranz gegenüber den Hindus in Bangladesch hat sich in den letzten Jahren durch einen zunehmenden Einfluss der Islamisten verschlechtert.

Immer wieder kommt es zu besonders starken Gewaltausbrüchen gegen die Hindus in Bangladesch. Als im Jahre 1992 Hindu-Fanatiker in der indischen Stadt Ayodhya eine Moschee zerstörten, begann in Bangladesch ein Rachezug gegen die dort lebenden Hindus. Ein aufgebrachter Mob zerstörte hunderte Tempel, Wohnhäuser und Geschäfte und verübte Brandanschläge auf Eigentum der Hindus. Angehörige der Minderheit wurden misshandelt oder ermordet, Frauen sexuell missbraucht. Eine neue Migrationswelle bangladeschischer Hindus nach Indien setzte ein. Doch auch im Zuge der letzten Parlamentswahlen in

Bangladesch im Oktober 2001 litten Hindus unter den gewaltsamen Ausschreitungen. Die Unruhen endeten in ähnlichen Übergriffen auf die Hindus wie im Jahre 1992.

Doch auch außerhalb solcher Gewaltausbrüche führen viele Hindus in Bangladesch heute kein sicheres Leben. Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Congress for Bangladesh Minorities* dokumentiert die alltäglichen Gräueltaten gegen Hindus. Fanatiker zerstören regelmäßig hinduistische Tempel, Teiche werden vergiftet, Häuser in Brand gesteckt. Die Organisation berichtet auch von Gruppenvergewaltigungen hinduistischer Mädchen und Frauen und der Ermordung von Hindu-Führern. Die Polizei schaut meist weg und die Verantwortlichen werden selten juristisch belangt. Um der ständigen Bedrohung zu entkommen, wandern so stetig viele hinduistische Familien ins benachbarte Indien ab und suchen Schutz bei Freunden und Verwandten.

Die bangladeschische Regierung veröffentlicht zur Emigration der Hindus keine offiziellen Zahlen. Die meisten verlassen ihre Heimat still und leise und reisen illegal nach Indien ein. Der *Bangladesh Refugee Welfare Council* mit Sitz in Kalkutta spricht allein in den letzten Monaten von mehr als hunderttausend Hindus, die ihrer Heimat Bangladesch den Rücken gekehrt haben. Doch die hinduistische Bevölkerung ist Teil der Geschichte des Landes und mit ihrem Verschwinden verliert Bangladesch einen Teil seiner kulturellen Vielfalt.

Laut dem „Statistical Yearbook of Bangladesh“ von 2003 sind 88,3 Prozent der Bangladeschis Muslime, 10,5 Prozent Hindus, 0,6 Prozent Buddhisten und 0,3 Prozent Christen. 0,3 Prozent der Bevölkerung gehören anderen Religionsgemeinschaften an.

1941 waren noch 28 Prozent der Bevölkerung Hindus. Der Anteil der Hindus verringerte sich kontinuierlich: auf 22 Prozent 1951, 18,5 Prozent 1961, 13,5 Prozent 1974, 12,1 Prozent 1981 und schließlich 10,5 Prozent 1991.

Haben Hindus weniger Rechte als Muslime?

Das „Gesetz über das feindliche Eigentum“ und seine Folgen

Von Mohammed Saki und Christian Weiß

Viele Jahrhunderte lang lebten Hindus und Muslime in Bengalen zumeist friedlich nebeneinander. Doch im 19. Jahrhundert entstand das, was in Südasien *communalism* genannt wird, also eine grundsätzlich ablehnende Einstellung gegen Menschen anderer Religionsgemeinschaften. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewannen die Vertreter kommunistischer Ideen bei Hindus und Muslimen immer mehr an Einfluss, was schließlich 1947 zur Teilung des südasiatischen Subkontinents führte. Durch die Gewalttaten, die die Teilung auslöste, verloren Hunderttausende ihr Leben. Viele Hindus wollten nicht in (Ost-) Pakistan leben und wandern daher nach Indien aus. Das Eigentum der hinduistischen Flüchtlinge wurde vom pakistanischen Staat konfisziert.

1964 veranlasste eine erneute Welle kommunistischer Gewalt wiederum viele Hindus, Ostbengalen zu verlassen. Die pakistanische Regierung erließ eine Verordnung, die es den

Hindus verbot, ihr Land ohne vorherige Genehmigung zu verkaufen. Außerdem konfiszierte die Regierung alles Eigentum von Flüchtlingen, deren neuer Wohnort unbekannt war.

Im September 1965 kam es zum Krieg zwischen Indien und Pakistan. Am Tag des Kriegbeginns wurde in Pakistan eine Proklamation veröffentlicht, die der Regierung weitreichende Befugnisse einräumte. Unter anderem wurde ihr durch eine Verordnung das Recht zugestanden, Eigentum zu konfiszieren, wenn der Verdacht besteht, dass dieses Eigentum zur „Gefährdung der inneren Sicherheit Pakistans“ benutzt wird und in diesem Sinne „Enemy Property“, also „feindliches Eigentum“, war. Es war klar, dass sich diese Verordnung vor allem gegen die Hindus richtete. Denn den ostbengalischen Hindus wurde unterstellt, dass sie insgeheim auf der Seite Indiens stünden und insofern als „Feinde“ Pakistans anzusehen seien.

Als der indisch-pakistanische Krieg zu Ende war, wurde diese Verordnung nicht aufgehoben, sondern durch verschiedene Verordnungen und Gesetze ersetzt, die im Kern denselben Inhalt hatten: Die ostbengalischen Hindus galten als unzuverlässige Staatsbürger und die Regierung hatte das Recht, den Landbesitz von Hindus zu beschlagnahmen, wenn der Verdacht bestand, dass diese dem Staat gegenüber feindlich eingestellt sind.

Auch nach der Unabhängigkeit Bangladeschs 1971 wurde dieses Gesetz nicht abgeschafft. Es bekam nur einen neuen Namen. Aus dem „Gesetz über das feindliche Eigentum“ (Enemy Property Act) wurde das „Gesetz zum übertragenen Eigentum“ (Vested Property Act). Damit konnte auch im unabhängigen Bangladesch der Staat unter fadenscheinigen Gründen das Eigentum von Hindus beschlagnahmen.

Seit 1965 wurde von der Möglichkeit, das Land von Hindu-Familien zu konfiszieren, sehr häufig Gebrauch gemacht. In einer Studie, die 1997 erschien, wird geschätzt, dass mehr als eine Million Hindu-Familien, also fast jede dritte, von den Verordnungen und Gesetzen zum „übertragenen Eigentum“ betroffen waren. Von 1965 bis 1997 wurden etwa 400.000 Hektar Land von Hindus konfisziert. 748.000 Familien wurde Land weggenommen, 251.000 Familien wurden sogar aus ihrem Wohnhaus vertrieben. Kritische Sozialwissenschaftler schätzen, dass der Wert des konfiszierten Landbesitzes 55 Prozent des durchschnittlichen jährlichen Nationaleinkommens Bangladeschs beträgt.

1964 lebten 9,4 Millionen Hindus in Ostbengalen. Aufgrund des Bevölkerungswachstums hätte sich die Zahl der Hindus bis 1991 auf 16,5 Millionen erhöhen müssen. Doch laut amtlichen Statistiken betrug die Zahl der Hindus in Bangladesch 1991 nur 11,2 Millionen, das sind 5,2 Millionen Hindus weniger, als eigentlich zu erwarten wäre. Der Grund für diese geringe Zahl ist, dass in der Zeit zwischen 1964 und 1991 Millionen Hindus ihre Heimat verlassen haben. Kritische Sozialwissenschaftler sprechen von einer „fehlenden Hindu-Bevölkerung“ von 5,2 Millionen Menschen.

Mechanismen der Enteignung

Wie läuft nun die Enteignung von Hindus konkret ab? Hierzu zwei Beispiele:

Hiralal Das, ein Hindu, war vor 40 Jahren ein relativ wohlhabender Mann. Er besaß Land und war zusätzlich noch Geschäftsmann. Im Jahre 1966 wurde unter Berufung auf das „Gesetz über das feindliche Eigentum“ ein Viertel seines Landbesitzes konfisziert. Hiralal Das meinte, dass er das Land auf rechtllichem Wege zurückbekommen könne. Er ging vor Gericht, was ihn viel Energie und Geld kostete. Um die Gerichtskosten zu zahlen, musste er weiteres Land

verkaufen. Außerdem gingen seine Umsätze zurück, weil er sich nicht mehr genug auf seine Geschäfte konzentrieren konnte.

Trotz aller Bemühungen gelang es Hiralal Das nicht, sein Land zurück zu bekommen. Einige Familienangehörige emigrierten nach Indien. Die Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Situation entfremdete ihn von seinen bisherigen Freunden und die Auswanderung von Familienangehörigen zerstörte sein soziales Umfeld. Die Bemühungen, sein Eigentum zurückzubekommen, schwächten ihn körperlich und geistig. Am Ende hatte er fast seinen gesamten Landbesitz verloren.

Ein anderes Beispiel ist Frau Chandra, eine 70-jährige Witwe. Ihr Mann Jogesh Chandra, ebenfalls ein relativ wohlhabender Grundbesitzer, starb vor 25 Jahren. Er hinterließ zwei Söhne. Eine kriminelle Bande versuchte mit allen Mitteln, in den Besitz des Landes zu kommen. Urkunden wurden gefälscht und einer der Söhne wurde mit vielen Tricks dazu gebracht, Papiere zu unterschreiben, deren Sinn er nicht verstand. Die Bande schreckte auch vor physischer Gewalt nicht zurück. Das Ergebnis war, dass die Chandra-Familie einen Großteil ihres Landbesitzes verlor. Möglich war das nur, weil sie Hindus waren und die kriminelle Bande die Bestimmungen zum „übertragenen Eigentum“ geschickt für ihre Zwecke benutzte.

Bestrebungen zur Abschaffung der hindu-feindlichen Gesetze

Seit der Unabhängigkeit Bangladeschs wurde immer wieder gefordert, das „Gesetz zum übertragenen Eigentum“ abzuschaffen. Menschenrechtsorganisationen wie „Ain o Salish Kendro“ fordern eine sofortige Abschaffung des Gesetzes. Sultana Kamal, die Geschäftsführerin von „Ain o Salish Kendro“, vertritt die Ansicht, dass es ein solches Gesetz in einem demokratischen Land nicht geben dürfe.

Als im Jahre 1996 die *Awami League* an die Macht kam, sah es eine Weile tatsächlich so aus, dass die willkürliche Enteignung von Hindu-Land nun endgültig beendet werden sollte. Da es aber auch in der *Awami League* starke Interessen an der Beibehaltung des „Vested Property Acts“ gab, hat sich die Verabschiedung des neuen Gesetzes bis 2001 verzögert. Doch dann wurde das „Gesetz zum übertragenen Eigentum“ durch das „Gesetz zur Rückgabe von übertragenem Eigentum“ („Vested Property Handing Over Law“) ersetzt.

Laut diesem Gesetz sollte alles Eigentum, das vom Staat zum „übertragenen Eigentum“ erklärt worden war, amtlich bekannt gemacht werden. Diejenigen, deren Eigentum konfisziert worden war, sollten vor Gericht gehen und ihr Eigentum zurückfordern können. Das Gesetz erklärte auch, dass in Zukunft kein Hindu-Eigentum mehr als „übertragenes Eigentum“ konfisziert werden könne.

Doch kaum war dieses Gesetz verabschiedet, da fanden in Bangladesch Wahlen statt, mit dem Ergebnis, dass die *Awami-League*-Regierung abgewählt wurde. Die neue – von der konservativen BNP geführte – Regierung beschloss, das „Gesetz zur Rückgabe von übertragenem Eigentum“ vorläufig nicht in die Praxis umzusetzen.

So kommt es, dass die Millionen Hindus in Bangladesch weiterhin mit dem Gefühl leben müssen, dass sie einem Staat angehören, in dem sie nicht dieselben Rechte haben wie die Muslime.

Mohammed Saki ist Vorstandsmitglied des „Bangladesch Studien- und Entwicklungszentrums“. Er lebt seit 1979 in Deutschland. – Die Zahlen und die Beispiele wurden folgendem Buch entnommen: Abul Barkat, Shafique uz Zaman, Azizur Rahman, Avijit Poddar: „Political Economy of the Vested Property Act in rural Bangladesh.“ ALRD, Dhaka 1997

Von der Mehrheit zur Minderheit

Buddhismus in den Chittagong Hill Tracts

Von Eva Gerharz

Erst vor wenigen Minuten hat der Regen aufgehört. Auf der Hauptstraße in Rangamati stehen die Pfützen des Monsuns, der von Juni bis September über das Land hereinbricht. Der aufgeheizte Asphalt lässt das Wasser rasch verdunsten. Aus den Nebelschwaden taucht eine gelb gekleidete Gestalt auf, mit geschorenem Haar, in demütiger Haltung, ein aus Holz geschnitzten Gefäß vor sich in beiden Händen haltend. Gefolgt von anderen, die es ihm gleich tun, mit einem Abstand von einem Meter zu dem Vorangehenden, zieht die Prozession buddhistischer Mönche von Haus zu Haus. Täglich bitten sie die Bewohner der kleinen Distrikt-Hauptstadt in den Chittagong Hill Tracts um eine Mahlzeit. Es ist vor allem die Aufgabe der weiblichen indigenen Bevölkerung in Bangladeschs Bergregion im Südosten, die Mönche zu versorgen. Jeder, der kann, gibt den Mönchen etwas zu essen, jeden Tag um die Mittagszeit.

Religiöse Vielfalt

Dreizehn indigene Gemeinschaften, die sich kulturell, sprachlich und in religiöser Hinsicht voneinander unterscheiden, machen etwa die Hälfte der Hill-Tracts-Bevölkerung aus. Buddhismus, Hinduismus, Christentum und Animismus sind vertreten. Die größten Gruppen, Chakma und Marma, hängen der buddhistischen Glaubensvariante an, wie sie in Myanmar praktiziert wird. Dass sie im vorwiegend muslimischen Bangladesch an ihrer Religion festhalten konnten, war in den letzten Jahrzehnten nicht immer selbstverständlich. Der fast 25 Jahre andauernde Bürgerkrieg bedrohte die freie Ausübung dieser Religion. Verhältnismäßig gering ist die Gefahr durch christliche Missionare, die für das weitgehende Verschwinden des animistischen Glaubens in den Chittagong Hill Tracts mit verantwortlich sind.

Als in Bangladesch 1971 die Unabhängigkeit ausgerufen wurde, erklärte der „Vater der Nation“, Sheikh Mujibur Rahman, den bengalische Staat zu einem streng säkularen. Nationale Einheit sollte allein auf gemeinsamer Sprache und Kultur beruhen, so versprach es Mujib der Bergbevölkerung 1973 während seines ersten und letzten Besuchs in Rangamati. Alle Bewohner das Landes, in dem Bengali gesprochen wird, seien dazu eingeladen, sich dem anzuschließen.

Religiöser Nationalismus

Die Haltung der bangladeschischen Politik änderte sich schlagartig, als 1975 Mujibur Rahman ermordet wurde und sein Opponent General Ziaur Rahman an die Macht kam. Die Politik der von ihm geführten Bangladesh Nationalist Party (BNP) setzte den Akzent wesentlich stärker auf die Religionszugehörigkeit. Der Islam beeinflusste sämtliche Bereiche des Alltags, also etwa die Medien oder den Bildungsbereich. Diese Wende beschwor nicht zuletzt die Eskalation der politischen und militärischen Auseinandersetzungen in den Bergen bei Chittagong herauf. Ihrer kulturellen Freiheit beraubt, setzte die indigene Elite von da an auf

bewaffneten Widerstand. Aber auch das Militär nutzte den religiösen Aspekt zur Machtausübung und Unterdrückung. Vor allem unter General Ershad in den 1980er Jahren erfuhren die Buddhisten in den Chittagong Hill Tracts, was es heißt, einer religiösen Minderheit anzugehören. Allein 1986 wurden innerhalb von acht Monaten 54 buddhistische Tempel zerstört. Die Störung oder das Verbot religiöser Zeremonien war an der Tagesordnung. Soldaten betraten die Tempel in Stiefeln, eines der schlimmsten Sakrilege für Buddhisten. An der Stelle zerstörter Tempel schossen Moscheen wie Pilze aus dem Boden. Junge Frauen wurden durch erzwungene Heirat mit Muslimen zur Konversion gedrängt. Der Buddhismus wurde zunehmend in die privaten Räume verbannt. Man ging nicht mehr in den Tempel, sondern betete zu Hause vor einem kleinen, versteckten, provisorischen Altar.

Interne Konflikte

Der Buddhismus wurde im Laufe des bewaffneten Konflikts einerseits mehr und mehr zu einem religiösen Faktor, andererseits zu einem politischen Instrument. Das „Buddhist Minority Protection Committee“ beispielsweise führte in den 1980er Jahren eine Kampagne gegen Autoritäten in Bangladesch durch. Gleichzeitig gelang den buddhistischen Institutionen das Überleben. Vor allem Bildungseinrichtungen und Waisenhäuser sind in buddhistischer Hand. Die drei „Rajas“, die traditionellen Führer in den Chittagong Hill Tracts, betonen vor allem symbolisch ihre religiöse Präferenz, indem sie die teils prächtigen Statuen in Tempeln bei ihren Residenzen bewahren.

Die Mehrheit der Bergbevölkerung gehört dem Buddhismus an. Einige Gruppen jedoch – wie die Lushai, Bawm und Pankhua – sind zum Christentum bekehrt worden. Missionen und karitative Einrichtungen sorgen dafür, dass die Animisten der Chittagong Hill Tracts zu Christen werden. Die Mru im südlichen Teil der Chittagong Hill Tracts sind mittlerweile fast ausschließlich zum Christentum übergetreten. Meist geschieht die Konvertierung in Kombination mit der Bereitstellung sozialer Leistungen. Gleichzeitig wird Religion in den Chittagong Hill Tracts zunehmend zu einem politischen Kalkül, wenn es um Machterhalt geht. Einige Mru argumentieren, dass es vor allem darum gehen sollte, der buddhistischen Mehrheit in den Chittagong Hill Tracts politisch Einhalt zu gebieten. Diese neueren Entwicklungen sind unter anderem auf die Bildung eines Regionalrats mit dem Friedensabkommen 1997 zurückzuführen. Entsprechend demographischer Gegebenheiten sind Buddhisten in diesem übergreifenden Gremium stärker repräsentiert als andere Gruppen. Aber auch in anderen – vor allem basisdemokratischen – Institutionen wird Religionszugehörigkeit immer wichtiger, wenn es darum geht, die Interessen der eigenen Gruppe vertreten zu sehen. Die Animisten befinden sich in einer so geringen Minderheit, dass sie sich aus strategischen Gründen gerne den christlichen Gemeinschaften anschließen.

Nach dem Friedensabkommen

Auch nach dem Friedensabkommen gibt es noch viele ungelöste Probleme. Doch immerhin befindet sich der Buddhismus wieder auf dem Weg in die öffentlichen Räume. Frauen und Kinder gehen wieder regelmäßig in den Tempel, religiöse Zeremonien werden wieder ungehindert begangen. Auch im Entwicklungsbereich werden buddhistische Meinungen zunehmend gefragt, Projekte mit buddhistischen Partnerorganisationen werden durchgeführt. Bildungseinrichtungen und Klöster vernetzen sich zunehmend mit denen in anderen Ländern, beispielsweise Myanmar, wohin es einige Mönche zur Fortbildung zieht. Frankreich, die europäische Hochburg tibetischer Buddhisten, ist auch wegen einiger Partnerschaftsprogramme attraktiv. Der zunehmende Wohlstand buddhistischer Institutionen in den Chittagong Hill Tracts ist sichtbar und erstaunlich. Im Alltag Rangamatis tritt der Buddhismus zwar vor allem, aber nicht nur durch die Präsenz der Mönche in Erscheinung.

Lebt man einige Zeit mit dem Menschen in der Region zusammen, fallen auch noch viele andere Kleinigkeiten ins Gewicht. Mit fast trotzigem Stolz geben sich Chakma und Marma dem Genuss von Schweinefleisch hin. Problematisch wird es für den zimperlichen Westler, wenn der Chakma-Gastgeber sich weigert, aus buddhistischem Respekt vor allem Lebenden die in der Latrine lauenden Riesenspinnen zu entfernen, oder gar Aerosol-Spray gegen malariaverseuchte Moskitoinvasionen zu verwenden. Der Buddhismus hat den Krieg in den Bergen überlebt und wird auch in Zukunft den Alltag der Bergbevölkerung mitbestimmen.

Eva Gerharz arbeitet am Forschungsschwerpunkt Entwicklungsplanung und -politik der Universität Bielefeld an einer Dissertation über den Norden Sri Lankas. 1999 und 2000 führte sie Forschungen in den Chittagong Hill Tracts durch.

„Die Lage der Christen verschlechtert sich zusehends“

Interview mit der Menschenrechtsaktivistin Rosaline Costa

In Bangladesch leben weniger als eine halbe Millionen Christen. Rosaline Costa ist eine der führenden Menschenrechtsaktivistinnen im Land. Bis 1986 war sie eine Nonne. Seitdem sie das Kloster verließ, veröffentlicht sie den zweimonatlichen „Hotline Newsletter“ zur Lage der Menschenrechte. Im Gespräch mit NETZ zeichnet sie ein finsternes Zukunftsbild für die Minderheiten in Bangladesch.

Frau Costa, wie sehen Sie die gegenwärtige Situation der Christen in Bangladesch?

Rosaline Costa: Die Christen sind eine sehr kleine Gemeinde, nur 0,3 Prozent der Bevölkerung. Wir sind aber über das gesamte Land verteilt. Zur Unabhängigkeit 1971 waren rund zwei Drittel der Bevölkerung Muslime. Heute sind es beinahe 90 Prozent. Vor allem Hindus gingen nach Indien. 1971 arbeiteten alle zusammen, um das Land zu befreien. Als jedoch Zia an die Macht kam, schaffte er den Säkularismus ab. Ershad folgte ihm dann und machte den Islam zur Staatsreligion. Aber dies ist kein islamisches Land. Die Verfassung garantiert gleiche Rechte und Chancen auch für alle Nicht-Muslime. In der Praxis wird das jedoch nicht anerkannt. Heute nehmen verschiedene muslimische Gruppen Rache für ihre Niederlage gegen die liberalen Kräfte von 1971.

Die Diskriminierung, die wir heutzutage erleben, gab es nie zuvor. Überall werden wir als Christen identifiziert. Auf der Straße und im Bus sagen die Leute: „Oh, Sie ist eine Christin.“ Seit der letzten Parlamentswahl merken wir, dass wir Christen sind. Verstehen Sie, was ich meine? Heutzutage ist die Religion Grundlage jeder sozialen Beziehung. Christen sind Opfer der Korruption, illegaler Landaneignung durch die muslimische Mehrheit und von gewaltsamen Übergriffen. Auf lokaler Ebene sind die Behörden machtlos. Sie werden von den örtlichen Eliten unter Druck gesetzt und können den Minderheiten nicht helfen. Dieselben Polizisten, die mir unter der letzten Regierung noch geholfen haben, unterlassen dies heute. Die Anzahl der Übergriffe nimmt rapide zu. Im Juni 2001 detonierte eine Bombe in einer Kirche und zehn Menschen starben. Ich lebe nun seit 18 Jahren in Dhaka. Die Lage verschlechtert sich zusehends. Heutzutage fürchte ich mich davor, abends nach 21 Uhr das Haus zu verlassen. Im Jahr 2000 wurde ich angegriffen und habe mir bei dem Überfall einen Beckenbruch zugezogen.

Inwiefern sind Frauen davon betroffen?

Rosaline Costa: Mädchen aus Minderheitsgruppen werden systematisch entführt und gegen ihren Willen mit Muslimen zwangsvermählt. Dann müssen sie in der Öffentlichkeit zum Islam konvertieren. Ich habe hierzu viel geforscht. Die Bekehrung zum Islam ist erzwungen. Die Familien der Mädchen werden bedroht. Noch schlimmer sind die Vergewaltigungen. Sie werden instrumentalisiert, um die gesamte Familie, die Menschen und die Religionen der Minderheiten zu entwürdigen. Danach können die Opfer und ihre Familien nicht mehr in der Gegend wohnen bleiben. Sie verlassen ihre Heimat. Frauen werden dabei wie Werkzeuge benutzt.

In meinem Heimatdistrikt Pabna gab es vor einigen Jahren die fundamentalistische Partei *Jamaat-i-Islami* noch gar nicht. Jetzt sind die Jamaatis in jedem Haus. Für Moscheen und Koranschulen ist jede Menge Geld da. Nicht aber für Entwicklung und Bildung. Das Bildungssystem ist durchzogen vom islamischen Gedankengut der Jamaatis. Es ist nicht neutral. Was für eine zukünftige Generation soll da aus ihm hervorgehen? Dies ist der Hintergedanke der Jamaatis. Entlang der Grenzen werden Koranschulen gebaut. Dorthin kommen aus Afghanistan und Pakistan Lehrer, um Jugendliche auszubilden. Wir haben diese Informationen an die Regierung weiter gegeben. Nichts ist passiert. Ich bin wirklich nicht sehr zuversichtlich für die Zukunft.

Was muss sich Ihrer Meinung nach ändern?

Rosaline Costa: Seitdem diese Regierung an die Macht gekommen ist, haben wir eine Vielzahl von Problemen. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gilt nicht für die Minderheiten. Ich selbst sprach mit dem Innenminister und er sagte zu mir: „Sie gehören doch zur *Awami League*. Deswegen beschweren Sie sich.“ Ich entgegnete ihm: „Ich arbeite für die Menschenrechte, nicht für eine politische Partei.“ Die BNP betrachtet die Minderheiten im Land als Unterstützer und Klientel der *Awami League*. Das ist das Hauptproblem. Insbesondere Hindus verlassen seit zwei Jahren wieder vermehrt das Land. Ein Wechsel der Regierung wird jedoch nicht viel verändern. Die gegenwärtige Situation hat sich bis auf die untersten Ebenen ausgeweitet. Gesetz und Ordnung müssen wieder geachtet und durchgesetzt werden. Doch die gegenwärtige Regierung hat kein Interesse daran, die Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Die Religion wird gegen Andersgläubige instrumentalisiert. Die *Jamaat-i-Islami* hat einen geheimen Plan, das Land von den Minderheiten zu säubern.

Woher kommt die meiste Unterstützung?

Rosaline Costa: In Bangladesch helfen uns die Muslime ungemein. 98 Prozent meiner Freunde sind Muslime. Im Ausland ist die Europäische Union unser wichtigster Beistand. Und ihre Stimme ist sehr stark. Während meines Besuchs in Deutschland im März diesen Jahres sprach ich mit einem Bundestagsabgeordneten. Ich sagte ihm: „Von einem moralischen Standpunkt her müssen Sie unsere Regierung fragen, was sie mit Ihrem Geld macht. Ihr Geld kommt von den Menschen Ihres Landes.“ Die internationalen Geberländer können uns helfen. Sie sollten selbst Fällen von Menschenrechtsverletzungen nachgehen und die Regierung dann zwingen, etwas zu unternehmen. Von Seiten der Regierung sehe ich keine Veränderungen kommen. Ausländische Regierungen wollen nicht allzu sehr in die lokale Politik und Angelegenheiten anderer Länder hineingezogen werden. Wir bestehen jedoch darauf, dass sie genau dies tun sollten.

Das Gespräch fand am 18. April 2004 im Gebäude der CARITAS in Dhaka statt, wo die Hotline-Redaktion ihr Büro hat. Der „Hotline-Newsletter“ kann per E-Mail unter hlbtimm@citechco.net bestellt werden.

Bann aller Amadia-Publikationen

Von Niko Richter

Die Amadia-Bewegung ist eine Glaubensgemeinschaft innerhalb des Islams. Seit der Gründung der Gemeinschaft gegen Ende des 19. Jahrhundert beruft sie sich auf die Prinzipien der Toleranz und Gewaltlosigkeit gegenüber allen Menschen und Religionen.

Für die Amadias ist Mohammed nicht notwendigerweise der letzte Prophet im Islam. Daher wird ihnen in vielen muslimischen Ländern Blasphemie vorgeworfen. In Pakistan wurde der Amadia-Bewegung sogar die Zugehörigkeit zum Islam abgesprochen und die Gemeinschaft mit Sanktionen belegt.

In Bangladesch leben zirka 100.000 Amadias. Ihr Verständnis vom Islam hat ihnen eine Vielzahl von Gegnern eingebracht. Seit Jahren werden sie und ihre Moscheen bedroht. Daher dürfen nur Anhänger der Bewegung ihre Gotteshäuser und Gemeindezentren betreten. Diese Abgrenzung erzeugt erneut Antipathie unter religiösen Fundamentalisten in Bangladesch.

In den letzten Jahren kam es wiederholt zu Übergriffen auf die Anhänger der Bewegung. Im November 2003 starb im Jessore-Distrikt ein Iman nach einem Überfall von Amadia-Gegnern. In Kushtia sprach ein Mullah Morddrohungen gegen alle Amadias aus, die nicht bereit sind, ihrer Form des Glaubens zu entsagen.

Die Anti-Amadia-Bewegung findet Unterstützung in den höchsten Regierungskreisen Bangladeschs. Die konservative Partei *Islami Oikya Jote*, die Mitglied der Regierungskoalition ist, unterstützt öffentlich die Amadia-Gegner. Anfang Januar 2004 stellte eine Allianz aus Amadia-Gegnern der Regierung ein einwöchiges Ultimatum, den Amadias den Status als Muslime abzuerkennen. Daraufhin belegte das „Staatsministerium für religiöse Angelegenheiten“ alle Publikationen der Amadia-Bewegung mit einem Verbot. Veröffentlichung und Vertrieb wurden untersagt. Das Verbot wird damit gerechtfertigt, dass gewisse Inhalte der Publikationen das Empfinden der Mehrheit der Muslime in Bangladesch verletzen könnten. Unabhängige Journalisten bezeichneten das Verbot als Kniefall der Regierung vor den religiösen Fanatikern.

Der Bann verstößt klar gegen die Verfassung Bangladeschs, in der die Rechte auf religiöse Freiheit und freie Meinungsäußerung fest verankert sind. Auf einem Treffen der Regierungskoalition Mitte Januar sprach sich Premierministerin Khaleda Zia gegen ein Brandmarken der Amadias als Nicht-Muslime aus.

Das Verbot aller Publikationen der Amadias in Bangladesch hat national und international eine Welle der Entrüstung nach sich gezogen. Gegenwärtig wird ein Gerichtsverfahren vorbereitet, in dem der Verfassungsbruch der Regierung festgestellt werden soll. Zurzeit sind die Publikationen der Amadias noch immer von dem Bann betroffen.

Die weiteren Inhalte dieser NETZ-Ausgabe:

Politik & Gesellschaft

Meldungen	Dirk Saam, Niko Richter
Tornado	Peter Dietzel
Feuer!	Sarah Rubensdörffer, Silvia Beres, Jakob Berr

Bangladeschis in Deutschland

Goldenes Bengalen in Berlin	Barbara DasGupta
-----------------------------	------------------

NETZ-intern

Nachlese: 25 Jahre NETZ

Freiwillige vor Ort

Geschenk	Dirk Saam
----------	-----------

Literatur

„Scham“ von Taslima Nasrin	Patrizia Heidegger
Heute bist du ein Kaiser	Shamsur Rahman

Andere Bilder

Volkskunst Alpana	Ilse Hilpert
-------------------	--------------

Die Ausgabe 2/2004 der Zeitschrift NETZ ist am 20. Juni 2004 erschienen. Das Heft kann für 5,- Euro bestellt werden bei der Redaktion:

NETZ, Moritz-Hensoldt-Str. 20, 35576 Wetzlar, netz@bangladesch.org